

Europäische Regionalpolitik im Spannungsfeld zwischen Integration und Konzentration

Die europäische Regionalpolitik verfolgt im Zeitraum 2007-2013 unter anderem die Ziele der Konvergenz und einer vermehrten territorialen Zusammenarbeit. Hierfür stellt die Europäische Union (EU) im Zuge von Struktur- und Kohäsionsfonds 35,7% (oder 347,41 Milliarden Euro) ihres Budgets zur Verfügung. Der allergrößte Teil, nämlich 283 Milliarden Euro, wird zur Erreichung des Konvergenzziels verwendet, während eine stärkere territoriale Kooperation mit 8,72 Milliarden Euro gefördert wird. Vermehrte Zusammenarbeit führt zu einer Integration der Märkte und fördert Wachstum und Entwicklung. Diese Prozesse werden häufig begleitet von der Herausbildung von Metropolen und somit einer zunehmenden Ungleichverteilung ökonomischer Aktivität. Letzteres wirkt dem Konvergenzziel entgegen. *Von Ingrid Ott*

Die nationalen und regionalen Regierungen können auf mehrerlei Arten aktiv werden: Dazu zählt die Bereitstellung von Produktionsinputs (beispielsweise Verkehrsinfrastruktur, Hochschulen oder Forschungszentren) oder eine verstärkte interterritoriale Zusammenarbeit (beispielsweise die Bildung von Metropolregionen oder länderübergreifenden Forschungsprogrammen). Beide Aktivitäten lassen sich häufig hinsichtlich ihrer Wirkung auf die räumliche Konzentration nicht isoliert betrachten, sondern bedingen sich gegenseitig. Als Beispiel sei die beschlossene Fehmarnbelt-Querung genannt, welche die Verkehrsnetze Deutschlands und Dänemarks verknüpft.

Die Bereitstellung zusätzlicher Infrastruktur erhöht zugleich die interterritoriale Kooperation. Die Frage ist, wie solche Staatsaktivitäten auf die Herausbildung von Agglomerationen wirken. Es ist möglich, diese Fragestellung im Rahmen eines regionalen Wachstumsmodells zu analysieren. Staatsaktivität umfasst in jeder Region die Bereitstellung eines spezifischen öffentlichen Inputs, welcher die Produktivität der privaten Inputs Arbeit und Kapital erhöht. Je nachdem, welche Charakteristika der öffentliche Input besitzt, kann er unterschiedlich interpretiert werden. Sofern die Regionen kooperieren, können Unternehmen der einen Region auch auf den öffentlichen Input der anderen Region zurückgreifen und sich damit indirekt die dort vorherrschenden Spillovers zunutze machen. Während immobile Arbeit definitionsgemäß ortsgebunden ist, wandern mobile Arbeit und Kapital in die Region mit

der höheren Grenzproduktivität. Gleichgewichte sind definiert als Zustände, in denen sich die Verteilung der Kapitalstöcke über die Regionen hinweg nicht ändert. Ein Dispersionsgleichgewicht ist bei langfristig identischen Kapitalstöcken gegeben; das Konvergenzziel ist dann erreicht. Im Gegensatz dazu resultiert Agglomeration bei Vorliegen verschieden großer Kapitalstöcke. Sofern ein eindeutiges Gleichgewicht existiert, ist dieses stabil. Multiple Gleichgewichte können ebenfalls auftreten. Diese lassen sich in stabile und instabile Gleichgewichte unterscheiden.

Die Analyse zeigt folgende Ergebnisse:

Wirkung interterritorialer Zusammenarbeit bei identischen Technologien und Faktorausstattungen: Bei Vorliegen multipler Gleichgewichte ist das Dispersionsgleichgewicht instabil; es resultiert Agglomeration. Vermehrte Kooperation reduziert die Agglome-

rationskräfte und so die Wahrscheinlichkeit des Auftretens multipler Gleichgewichte. Letztendlich stellt sich ein eindeutiges Dispersionsgleichgewicht als Folge zunehmender Integration ein. Diese ist somit geeignet, regionale Disparitäten zu reduzieren.

Wirkung der Art des öffentlichen Inputs: Grundsätzlich gilt, dass Agglomerationen umso eher resultieren, je stärker der öffentliche Input durch Spillovers gekennzeichnet ist. Zur Ableitung der Gesamtwirkung muss jedoch zusätzlich die Bedingung für endogenes Wachstum beachtet werden. Diese impliziert, dass eine Erhöhung der Spillovers mit einer Reduktion der Produktivität des öffentlichen Inputs einhergeht. Dann ist es möglich, dass trotz höherer Spillovers das Ausmaß an Konzentration geringer ist.

Grundsätzlich gilt: **Konvergenz ist nur unter ganz bestimmten Bedingungen hinsichtlich der Produktionstechnologien und der regionalen Faktorausstattungen möglich.** Aufgrund der Sensitivität des Modells muss für jede Parameterkonstellation im Einzelnen überprüft werden, ob Agglomeration als Folge staatlichen Handelns resultiert und wenn ja, in welchem Umfang.

Um Konvergenz zu realisieren, empfiehlt es sich eher, Integration zu fördern, als eine dezidierte Auswahl des öffentlichen Inputs vorzunehmen. Eine solche Feinsteuerung setzt Kenntnisse des Staates voraus, die in der Realität schwerlich anzutreffen sein dürften. Empfehlenswert ist vielmehr eine Mittelschichtung innerhalb des Struktur- und Kohäsionsfonds zugunsten einer vermehrten interterritorialen Kooperation. Diese hilft dann auch, Konvergenz zu erreichen.

HWWI RESEARCH

I. Ott und S. Soretz (2007). Governmental activity, integration, and agglomeration, *HWWI Research Paper*, 1-10. Download unter www.hwwi.org (Publikationen, HWWI Research).

Juniorprof. Dr. Ingrid Ott wird ab November 2007 die Leitung eines neuen Projektes, unterstützt durch die VolkswagenStiftung, am HWWI mit dem Titel „Wie regionale Institutionen den Innovationsprozess von Nanotechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft stimulieren – ein deutsch-fanzösischer Vergleich“ übernehmen. Nähere Informationen unter www.hwwi.org (Kompetenzbereiche, Hamburg und regionale Entwicklungen).